Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Anzeigenannahme nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1006

Nr. 161 — Dienstag, den 14. Juli 1925 — 20. Jahrgang

Krisenluft im Reichstage.

Berlin, 11. Juli. Nach dem Rededuell zwischen dem Aufwertungsfachmann Dr. Best und dem Reichsjustizminister Dr. Frenken, das am Freitag in später Nachtstunde im Reichstag stattfand, war am Sonnabend das Interesse des Hauses an der Spezialdebatte über die Aufwertungsgesetze und vor allem über die Errechnung des Goldmarkbetrages erschöpft. Die Debatte zog sich langsam hin, aber die Abgeordneten erschienen zumeist nur zu den Abstimmungen. Die Kosten der Reden bestritten in erster Linie die völkischen Abgeordneter Best und Seifert und der sozialdemokratische Abgeordnete Keil. Selbstverständlich nutzten auch die Kommunisten ihre Redezeit völlig aus. Der formale § 1 des Aufwertungsgesetzes wurde mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten und Völkischen angenommen. Der § 2 der Vorlage, der die Ermittelung des Goldmarkbetrages festlegt wurde in namentlicher Abstimmung entschieden. Es lag ein radikaler Antrag Best vor, der mit 225 gegen 181 Stimmen abgelehnt wurde; damit wurde also dieser Paragraph in der Kompromißfassung der Regierungsparteien angenommen. Auch der § 4, der den Aufwertungssatz für Hypotheken festlegt, wurde in namentlicher Abstimmung entschieden. Statt 25 wollten die Sozialdemokraten und die Völkischen 40 Prozent festsetzen. Die Abstimmung ergab aber die Ablehnung dieses Antrages mit 217 gegen 140 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Damit war ebenfalls der Kompromißantrag von 25 Prozent für Hypotheken festgelegt. — Während dieser Einzelberatungen trafen im Reichstage sehr starke Krisengerüchte auf; sie wurden hervorgerufen in erster Linie durch die sozialdemokratische Interpellation über die auswärtige Politik und über die Haltung des Führers der größten Regierungspartei, des Grafen Westarp, der ja bekanntlich in der „Kreuzzeitung" erneut einen scharfen Vorstoß gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann unternommen hatte. Man ist sich auch im Zentrum, das ja schließlich für die Frage einer Regierungskrise ausschlaggebend ist, darüber fast völlig einig, daß so die Dinge nicht mehr weiter gehen. Zudem hat man die Rede des deutschnationalen Abg. Hergt bei der Aufwertungsdebatte im Zentrum sehr unangenehm empfunden, da sie keinerlei Rücksicht auf die übrigen Koalitionsparteien genommen hat. Es muß ja nun wohl in der nächsten Woche — so oder so — die Entscheidung fallen, da ja auch Ende der nächsten Woche die Antwortnote der deutschen Regierung an Briand gehen wird und muß. Der Arbeitsplan des Reichstages ist auch jetzt noch äußerst unübersichtlich und niemand kann so recht sagen, wie man noch vor den Ferien die ganzen Steuergesetze erledigen will. Die gesamten Aufwertungsvorlagen müssen bis zum Dienstag abend erledigt sein, da am Mittwoch, den 15. Juli, die dritte Steuernotverordnung außer Kraft tritt. Am Mittwoch vormittag allerspätestens muß der Reichsrat sich dann mit den Aufwertungsgesetzen befassen und sie ebenfalls verabschieden, und der Reichspräsident müßte dann noch am nämlichen Tage seine Zustimmung dazu geben, da sonst beim Außerkrafttreten der dritten Steuernotverordnung ein Vakuum eintreten würde.

Bochum geräumt.

Das französische Infanterieregiment Nr. 91, die Stammtruppe der Besatzung der Stadt Bochum rückte am Sonnabend nachmittag um 4 Uhr unter klingendem Spiel zum Hauptbahnhof, wo die Truppe verladen wurde. Die bisher in Garnison liegende Artillerieabteilung Nr. 22 rückte feldmarschmäßig, vollkommen neu ausgerüstet, in Richtung Castrop ab. Ausgenommen die Stäbe und Militärgerichtshöfe kann die Stadt als geräumt betrachtet werden. Diese letzteren Kommandos werden in der Nacht vom 19. zum 20. Juli, wie nunmehr bestimmt verlautet, Bochum verlassen. Auch in Gelsenkirchen hat die Verladung von Heeresmaterial begonnen.

Räumung des Sanktionsgebietes.

Paris, 12. Juli. Die Tatsache der Räumung des Ruhrgebietes durch die belgischen Truppen zwischen dem 15. und 25. Juli wird offiziell bestätigt. Drei Infanteriebataillone und eine Artillerietruppe werden nach Belgien zurückkehren. In Brüssel erklärte man ferner, daß Düsseldorf vor Ende Juli geräumt werden würde. Dagegen soll wegen der Räumung von Duisburg und Ruhrort eine Beratung mit der englischen Regierung stattfinden, wobei entschieden werden soll, ob die Räumung dieser beiden Städte nicht gleichzeitig mit der Räumung der Kölner Zone erfolgen solle.

Deutschland baut den Nordpol-Zeppelin.

Berlin, 11. Juli. Der Bau des Nordpolzeppelins ist bereits so gut wie gesichert. An der Aufbringung der erforderlichen Mittel werden sich auch die deutschen Arbeiter beteiligen. Die sozialdemokratischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften planen einen Beitrag von etwa 30 Pfennigen von jedem ihrer eingeschriebenen Mitglieder zu erheben. Diesem Beispiel folgend, werden auch die Arbeitgeberverbände einen Beitrag stiften. Die deutschen Städte und Kommunalverbände wollen einen Betrag von je 2 Pfennigen auf den Kopf ihrer Einwohnerzahl zu dem großen Werke beisteuern.

Die Baukosten werden sich nach den endgültigen Voranschlägen auf 4,6 Millionen Reichsmark belaufen. Die Kosten der Expedition werden auf weitere 2,5 Millionen geschätzt. Die gestrigen Verhandlungen zwischen Dr. Eckener und der Internationalen arktischen Studiengesellschaft haben gezeigt, daß die Differenzen überbrückbar sind. Friedrichshafen ist bemüht, die Studiengesellschaft zu überzeugen, daß das angebotene Friedrichshafener Luftschiff genau so viel Nutzlast tragen könne, wie das von der Studiengesellschaft gewünschte größere Schiff, dessen Bau ebensowenig in Staaken wie in Friedrichshafen möglich wäre. Amundsen hat von Oslo aus telegraphisch bei Dr. Eckener angefragt, wann und wo ein Zusammentreffen möglich wäre. Dr. Eckener hat darauf eine Zusammenkunft innerhalb der nächsten 14 Tage in einer deutschen Hafenstadt vorgeschlagen, an der auch der Amerikaner Ellsworth, der die Amundsen-Expedition finanziert hat, teilnehmen wird.

Marokkokrieg.

Paris, 12. Juli. Havas veröffentlicht folgendes am 11. Juli in Fez ausgegebenes Kommuniquee über die Lage an der französischen Marokkofront: Eine leichte französische Abteilung hat sich mit Unterstützung eines Eingeborenenkontingents auf dem Djebel Tamzimont (?) festgesetzt, ohne belästigt worden zu sein. Nördlich von Uergha erfolgen größere feindliche Truppenansammlungen, die nach Süden ziehen. Bei Babtaca ist ein feindlicher Vorstoßversuch gegen die französische südwestliche Stellung unter schweren Verlusten für den Angreifer aufgehalten worden. Die Tsuls haben gestern den Wohnsitz des Kaid Bechir angegriffen. Energische Gegenangriffe der franzosentreuen Eingeborenen, an denen auch eine von Norden herbeigeeilte französische Abteilung teilgenommen hat, haben den Feind schließlich unter schweren Verlusten nach Nordosten zurückgeworfen. In der übrigen Gegend von Taza ist die Lage ruhig. Man meldet eine Verstärkung der nicht unterworfenen Kontingente der Sais. Alles in allem weist die Gesamtlage eine beträchtliche Besserung auf.

Nach einer von Havas wiedergegebenen Meldung aus Tanger über die Lage an der spanisch-marokkanischen Front zeigte sich der Feind in der Gegend von Uezzan und in der westlichen Zone etwas tätiger. Im Hinblick auf den erwarteten Angriff der Rifleute seien die Stellungen verstärkt worden.

Angriffe auf österreichische Militärs.

Stockerau (Oesterreich), 11. Juli. Hier fand gestern eine Versammlung des Heerbundes statt. Nach der Versammlung hatte sich ein Teil der Teilnehmer zum Bahnhof begeben, um nach Wien zurückzufahren. Angehörige der Stockerauer Garnison, die die Teilnehmer begleiteten, wurden auf dem Wege von einer Volksmenge tätlich angegriffen. Mehr als 20 Heeresangehörige wurden verletzt. Der Ortskommandant entsandte eine Bereitschaftsabteilung, um die bedrohten Soldaten in ihre Kaserne zu geleiten und um nach Verletzten Umschau zu halten. Da sich die Einrückung dieser Abteilungen verzögerte, wurden drei kleine Kavallerietrouillen entsandt, um Versprengte zu sammeln. Zu Zusammenstößen kam es in den nahezu leeren Straßen nicht.

Wien, 11. Juli. Entgegen der Meldung eines Abendblattes, daß Kavallerietrouillen gegen die Volksmenge vorgegangen sein sollen, wird amtlich festgestellt, daß die in Verwendung getretenen kleinen Abteilungen lediglich zur Sicherung von Angehörigen des Heerbundes, die durch die gewöhnlichen Sicherheitsvorkehrungen erwiesenermaßen nicht genügend geschützt waren entsandt wurden. Es sei weder der Befehl zur Säuberung der Straße erteilt worden, noch sei es zu einer solchen Aktion gekommen. Desgleichen könne auch von einem Hineinreiten der Kavallerietrouillen in die Menge nicht die Rede sein.

Zur Aufwertungsfrage.

Von Alfred Brodauf, M. d. R.

Gehen die Hoffnungen der Aufwertungsinteressenten vielfach weit über das Erreichbare hinaus, so kann doch die Lösung, die die Regierung in den Aufwertungsgesetzen vorgeschlagen hat, auch mit den Abänderungen, die das Kompromiß der Regierungsparteien bringt, für eine einigermaßen gerechte und befriedigende Lösung auch von denen nicht anerkannt werden, die das Problem der Aufwertung in seiner ungeheuren Schwierigkeit erkennen und sich darüber klar sind, daß es schlechterdings unmöglich ist, den weitgehenden Erwartungen, die auf die Regelung der Materie gesetzt werden, gerecht zu werden. Die Lösung im großen und ganzen betrachtet, ist nur ein klägliches Stück- und Flickwerk, voll von Willkürlichkeiten, Halbheiten, Widersprüchen. Die größte Ungerechtigkeit ist die Zurücksetzung, die die Gläubiger aus öffentlichen Anleihen erfahren. Man kann diese Zurücksetzung insbesondere gegenüber den Hypothekengläubigern nicht achselzuckend mit dem formaljuristischen Hinweis darauf abtun, daß die Gläubiger des Reichs und der Länder einen Schuldner vor sich haben, der bankerott geworden ist, während der Hypothekengläubiger sich einem Schuldner gegenüber sieht, der doch seinen Besitz noch erhalten hat. Denn man kann nicht an der Tatsache vorübergehen, daß während des Krieges viele Leute ihre Hypotheken gekündigt haben, um in die Lage zu kommen, durch Zeichnung von Kriegsanleihe ihre vaterländische Gesinnung zu bekunden. Man kann nicht vorbeigehen an den feierlichen Versprechungen, die hinsichtlich dieser Anleihen gegeben worden sind.

Es ist zwar selbstverständlich, daß das Reich aus eigenen Mitteln eine nennenswerte Aufwertung der Anleihen nicht durchführen kann. Es ist unmöglich, den Steuerdruck, unter dem die Allgemeinheit heute steht, noch weiter zu erhöhen um die Mittel für die Wiederaufnahme der Verzinsung und Amortisation der Anleihe zu gewinnen. Aber es gab einen anderen Weg, um auch den Anleihegläubigern eine höhere Aufwertung ohne Belastung der Allgemeinheit zukommen zu lassen. Es ist nicht abzusehen, warum solche geschont werden sollen, denen die Durchführung des brutalen Satzes „Mark gleich Mark" zugute gekommen ist, indem sie dadurch ihre Schulden losgeworden sind. Eine großzügige und bei gutem Willen durchzusetzende Lösung wäre es gewesen, alle Gewinne, die Private, Aktiengesellschaften, Gemeinden usw. durch die Durchführung des Satzes „Mark gleich Mark" zugefallen sind, zu dem Zweck zu erfassen, aus ihnen eine Teilungsmasse zu bilden, aus welcher zu einem gleichen Prozentsatz die entschädigt werden, deren Forderungen durch den Satz „Mark gleich Mark" entwertet worden sind. Hierbei sollten vor allem solche Personen eine vorzugsweise Befriedigung erhalten, die ein langes Leben hindurch gespart haben, um im Alter von Zinsen leben zu können, die durch die Inflation ihr ganzes Vermögen verloren haben und nun nicht mehr in der Lage sind, sich auf neue einen Erwerb zu verschaffen. Bei Durchführung dieses Gedankens würden die Hypothekengläubiger wohl nicht ganz auf die Höhe kommen, die ihnen bei der jetzigen Regelung zugesichert wird, sie würden sich vielleicht mit 20 Prozent begnügen müssen, aber dafür würden auf der anderen Seite eine Aufwertung in dieser Höhe auch die Anleihegläubiger erhalten, und zwar nicht nur die, die noch im Besitz ihrer Anleihe sind, sondern auch die Anleihegläubiger, die während der Inflation, um nur wenigstens einen kleinen Teil des Vermögens zu retten, ihre Anleihestücke verkauft haben. Viele haben in den Inflationsjahren verkauft, weil sie nach der Haltung der gesetzgebenden Faktoren und nach der Judikatur der Gerichte nicht damit rechnen konnten, daß noch eine Aufwertung kommen werde. Wenn bereits gelöschte Hypotheken und getilgte Privatforderungen wieder aufgewertet werden, so ist dies ein Gebot der Gerechtigkeit, auch die zu berücksichtigen, die in dem Zeitraum, für welchen die Rückwirkung gilt, öffentliche Anleihen zu einem Spottpreis verkauft haben.

Man soll nicht, wie es so vielfach geschieht, die Forderung der Aufwertungsinteressenten mit dem Hinweis abtun, daß „die Wirtschaft" eine Aufwertung über die jetzt in Aussicht genommene Höhe nicht vertragen könne. Gewiß ist die deutsche Wirtschaft verarmt, aber ändert es an diesem Zustand der Verarmung etwas, wenn wir die Aufwertung anders gestalten, als sie die Regierung vorgesehen hat? Die Wirtschaft im ganzen wird dadurch nicht ärmer und nicht reicher. Es handelt sich nur darum, daß den Inflationsgewinnlern ihr Gewinn wieder weggenommen und unter die aufgestellt wird, die durch die Inflation geschädigt sind. Es versteht sich von selbst, daß man, was den Hausbesitz anlangt, bei einer solchen Regelung in Rücksicht ziehen muß, daß der Hausbesitz heute in Goldmark nur die Hälfte des Friedenswertes darstellt. Beim landwirtschaftlichen Besitz ist es anders. Die landwirtschaftlichen Güter werden im allgemeinen zu denselben Preisen bezahlt wie im Frieden, und deshalb ist es auch nur durchaus gerecht, wenn beim landwirtschaftlichen Besitz die alte Belastung durch Hypotheken wieder hergestellt wird, dergestalt freilich, daß der ursprüngliche Gläubiger nur eine Quote erhält, während im übrigen die Hypotheken zu Gunsten des Reichs wieder hergestellt werden, damit das Reich eine Grundlage hat für die Ausgabe einer neuen Anleihe, die nur teilweisen Entschädigung aller dient, die sich nicht an einem